

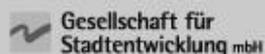
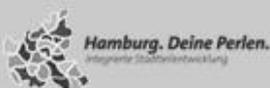
# Zuwanderung von Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten aus Bulgarien in das Reiherstiegviertel

Gesellschaft für Stadtentwicklung mbH  
Jörg Penning unter Mitarbeit von Dirk Lampe

im Auftrag und in Abstimmung mit dem  
Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung  
Angela Hellenbach

Oktober 2013

**Sanierungsgebiet Wilhelmsburg S5**  
**Südliches Reiherstiegviertel**



## Inhalt

|                                             |    |
|---------------------------------------------|----|
| 1. Einleitung.....                          | 3  |
| 2. Herkunftsland Bulgarien .....            | 4  |
| 3. Wanderungsbewegungen.....                | 5  |
| 4. Rechtliche Situation .....               | 7  |
| 5. Wohnen .....                             | 8  |
| 6. Arbeitsmarkt .....                       | 10 |
| 7. Gesundheitsversorgung.....               | 11 |
| 8. Sozialer Frieden .....                   | 13 |
| 9. Fazit.....                               | 13 |
| 10. Quellen- und Literaturverzeichnis ..... | 18 |
| 11. Adressen .....                          | 22 |

## 1. Einleitung

Das für die Steuerung des Sanierungsverfahrens Wilhelmsburg S5 / Südliches Reiherstiegviertel zuständige Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Hamburg-Mitte hat den Sanierungsträger Gesellschaft für Stadtentwicklung mit der vorliegenden Recherche zu Arbeitsmigration aus Bulgarien in das Reiherstiegviertel und mit der Erarbeitung von Handlungsempfehlungen beauftragt.

Das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung und der Sanierungsträger haben durch eigene Beobachtungen sowie durch Gespräche mit Bewohnern, Gewerbetreibenden und Grundeigentümern Kenntnisse über problematische Verhältnisse der Zuwanderung von vorwiegend bulgarischen Migranten betreffend erhalten. Der Sanierungsbeirat Südliches Reiherstiegviertel hat sich auf einer Sitzung im Februar 2013 anhand der Darstellungen eines Bürgernahen Beamten des Polizeikommissariats 44 und eines Sozialarbeiters eines Integrationsträgers erstmals über die örtlichen Verhältnisse informiert.<sup>1</sup>

Die Zuwanderung aus den 2007 der Europäischen Union (EU) beigetretenen Staaten Rumänien und Bulgarien wird bereits seit längerer Zeit in den Medien und im politischen Raum intensiv debattiert. Wiederkehrende Themen sind die Etablierung von Elends- und Ausbeutungsstrukturen, denen Migranten aus diesen Ländern ausgesetzt sind auf der einen Seite, als auch die mit der Zuwanderung aus Südosteuropa zusammenhängenden Probleme für die Kommunen und überforderte Nachbarschaften andererseits.<sup>2</sup> Bundesinnenminister Friedrich warnte in diesem Zusammenhang von einer Zuwanderung in die Sozialsysteme.<sup>3</sup> Darüber hinaus veröffentlichte der Deutsche Städtetag im Januar 2013 ein medial umfangreich rezipiertes Positionspapier, in dem die strukturelle Überforderung der Städte mit der Migration aus den beiden Ländern beklagt und von Ländern, Bund und Europäischer Union zeitnahe Maßnahmen zur Unterstützung der deutschen Kommunen gefordert wurden.<sup>4</sup> Als eine von der Migration besonders betroffene Region wird in den Medien neben Berlin-Neukölln, Duisburg und Mannheim auch der Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg aufgeführt.<sup>5</sup>

Dieser Bericht soll für das Sanierungsgebiet Wilhelmsburg S5 / Südliches Reiherstiegviertel und das nähere Umfeld einen ersten Sachstand über das Thema Migrantinnen und Migranten aus Bulgarien im Reiherstiegviertel geben. Obwohl für Zuwanderer aus Rumänien ähnliche Begleitumstände und Problembereiche gelten, bleiben diese aufgrund der geringen Zuwanderungen in das Reiherstiegviertel unberücksichtigt.<sup>6</sup> Neben der Auswertung der Presseberichterstattung und anderer zur Verfügung stehenden Medien flossen hierbei insbesondere mehrere Interviews mit zuständigen Behördenvertretern, dem Honorarkonsul der Republik Bulgarien und Mitarbeitern von sozialen Einrichtungen in die Auswertung ein. Bevor jedoch auf die konkrete örtliche Situation eingegangen wird, soll zum besseren Verständnis der Migrationsmotivation und der Lebensbedingungen der Zuwanderer ein Blick auf

das Land Bulgarien geworfen und die rechtlichen Rahmenbedingungen erläutert werden.

## 2. Herkunftsland Bulgarien

In der 111.000 km<sup>2</sup> großen Republik Bulgarien leben 7,3 Millionen Einwohner. Die Bevölkerung weist einen großen Anteil an Minderheiten auf. Neben den 85 Prozent Bulgaren leben in dem südosteuropäischen Land 9 Prozent Türken, 5 Prozent Roma<sup>7</sup> und 2 Prozent Russen, Ukrainer, Mazedonier und andere Minoritäten. 4,4 Millionen Bulgaren gehören der christlich-orthodoxen Kirche an und 577.000 Staatsangehörige sind islamgläubig. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nimmt Bulgarien die letzte Position in der EU ein. 2012 betrug das BIP pro Kopf 5.436 Euro, in Deutschland waren dieses im Vergleich hierzu 32.280 Euro.<sup>8</sup> In keinem anderen EU-Land ist das Armutsrisiko so groß wie in Bulgarien: 22,3 Prozent der Bevölkerung gelten als armutsgefährdet.<sup>9</sup>

Die Arbeitslosigkeit lag 2012 bei 12,4 Prozent. In den letzten Jahren ist es mit Unterbrechung durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise zu einer Konsolidierung der Staatsfinanzen und einem Wirtschaftswachstum gekommen, von dem jedoch nur ein Teil der bulgarischen Gesellschaft profitieren konnte. Die schwierigen sozioökonomischen Bedingungen führten zu politisch instabilen Verhältnissen. Im Februar 2013 trugen landesweite Massenproteste anlässlich der Erhöhung der Stromkosten zum Rücktritt der Regierung bei.<sup>10</sup> Auch nach den vorgezogenen Neuwahlen im Mai 2013 und einem Regierungswechsel unter Führung der Bulgarischen Sozialistischen Partei waren die politischen Proteste, die sich gegen Armut und Korruption wendeten, nicht verstummt. Vereinzelt kam es zu aufsehenerregenden Selbstverbrennungen.<sup>11</sup>

Die fortbestehenden wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten in Bulgarien und die innereuropäischen Einkommensdifferenzen sind mit ursächlich für eine stark rückläufige Bevölkerungsanzahl, die in den letzten zehn Jahren um eine halbe Million Personen abnahm. Eine große Anzahl bulgarischer Staatsangehöriger erblickt in

der Auswanderung die Hoffnung, ihre Lebens- und Berufsperspektiven verbessern zu können.<sup>12</sup> Neben den ökonomischen Erwägungen zum Verlassen des Landes dürften bei Angehörigen bulgarischer Minderheiten auch ethnische Diskriminierung und Ausgrenzung im Herkunftsland eine Rolle spielen, die sich in einem hohen Stimmenanteil der rechtsradikalen Partei „Ataka“ und gewaltsamen Übergriffen gegenüber Roma und Muslimen widerspiegeln.<sup>13</sup>



Abbildung 1: Die Zuwanderung macht sich auch in der Nahversorgung bemerkbar - bulgarisches Lebensmittelgeschäft in der Fährstraße (Foto: GfS, Mai 2013)

### 3. Wanderungsbewegungen

Hauptzuwanderungsländer von bulgarischen und rumänischen Migranten waren zunächst vor allem südeuropäische Staaten. So wanderten im Jahr 2007 44 Prozent der emigrierenden Personen aus Bulgarien und Rumänien nach Spanien aus. Seit der Wirtschaft- und Finanzkrise, von der Länder wie Spanien und Griechenland besonders betroffen sind, kann verstärkt von einer sogenannten Sekundärmigration mit einer (Weiter-)Wanderungsbewegung nach Deutschland, Frankreich und Großbritannien ausgegangen werden.<sup>14</sup>

In Deutschland hat sich die Anzahl der in der Bundesrepublik ansässigen bulgarischen Personen seit Aufnahme Bulgariens in die EU im Jahr 2007 kontinuierlich erhöht. Innerhalb von vier Jahren verdoppelte sich die Einwohnerzahl der bulgarischen Staatsangehörigen in Deutschland von 46.800 im Jahr 2007 auf 93.900 im Jahr 2011. Unter den Einwandererländern nahm Bulgarien damit hinter Polen (470.000 Personen) und Rumänien (160.000 Personen) die dritte Position ein. Ihren bisherigen Höhepunkt erreichte die Zuwanderung aus Bulgarien im Jahr 2011 mit 51.612 Zugezogenen. Zu berücksichtigen ist hierbei jedoch auch die große Anzahl von Fortzügen in Höhe von 29.422 Personen, sodass der Wanderungssaldo bzw. die Nettozuwanderung bei +22.190 Personen lag.<sup>15</sup> Diese hohen Abwanderungszahlen lassen vermuten, dass der Aufenthalt in Deutschland für einen Großteil der aus Bulgarien Zugewanderten nur temporär erfolgt bzw. die Wanderungsbewegungen durch eine Pendelmigration geprägt sind. Vorläufigen Zahlen zufolge wird sich die Zuwanderung aus Bulgarien im Vergleich zum Vorjahr in 2012 nochmals um 7.185 Personen auf 58.504 Personen erhöhen. Es wird von einer Nettozuwanderung von 25.044 Personen ausgegangen.<sup>16</sup> Wissenschaftler des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit schätzen, dass nach der Einführung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit am 01.01.2014 die Nettozuwanderung aus Bulgarien und Rumänien von zusammen 71.000 Personen im Jahr 2012 auf 100.000 bis 180.000 Personen im Jahr 2014 ansteigen wird.<sup>17</sup>

Anderen Einschätzungen nach wird es nicht mehr zu nennenswerten Zuwanderungen kommen, da sich der Großteil der auswanderungswilligen bulgarischen Bevölkerung bereits zu einem Fortzug entschlossen hat.<sup>18</sup>

Die bulgarische Wohnbevölkerung in Deutschland ist mit einem Durchschnittsalter von 33,2 Jahren verhältnismäßig jung.<sup>19</sup> Unter den neu aus Bulgarien Zugezogenen dominieren mit 65,4 Prozent die Männer.<sup>20</sup> Die statistischen Daten<sup>21</sup> und Aussagen der Interviewpartner<sup>22</sup> legen nahe, dass ein Teil der Zuwanderer ihre Familien nachholen.



Abbildung 2: Nachfrageorientierte Telefonanbieterwerbung - Hafensrandstraße (Foto: GfS, Mai 2013)

Gemessen an dem Anteil an der Gesamtbevölkerung der Städte weist der süddeutsche Ballungsraum und das Rhein-Main-Gebiet die höchsten Anteile an der Zuwanderung aus Bulgarien auf. In Hamburg ist die Zuwanderung mit einem Anteil von 0,2 Prozent unterdurchschnittlich.<sup>23</sup> Ende 2010 waren hier 3.686 Personen aus Bulgarien gemeldet.<sup>24</sup> Im gleichen Jahr waren 1.963 bulgarische Staatsangehörige zugewandert. Die meisten hiervon, nämlich 727 Personen, zogen in den Stadtteil Wilhelmsburg.<sup>25</sup> Da die gesetzliche Meldepflicht eines Wohnortswechsels von den Zugezogenen vermutlich nicht immer eingehalten wird, kann von einer höheren Anzahl an Immigranten ausgegangen werden. Herr Prof. Imeyer, Honorarkonsul der Republik Bulgarien, schätzt die Anzahl der in Hamburg lebenden bulgarischen Staatsangehörigen auf ungefähr 6.500 Personen.<sup>26</sup> Für Wilhelmsburg erfasste das Melderegister im Jahr 2012 1.145 Personen mit dem Bezugsland Bulgarien.<sup>27</sup> Die Organisation Mosaik schätzt die Anzahl der Personen aus Bulgarien auf 2.000 Personen, darunter 500 Kinder.<sup>28</sup> In den Grenzen des Sanierungsgebietes Wilhelmsburg S5 / Südliches Reiherstiegviertel<sup>29</sup> waren Ende 2011 offiziell 174 bulgarische Staatsangehörige gemeldet, was bei einer Gesamtbevölkerung von 6.691 Einwohnern einem Anteil von 2,7 Prozent entspricht. Auch hier lassen die Wanderungsbewegungen vermuten, dass ein großer Teil der Zuwanderer sich nur zeitlich befristet niederlässt: Auf 110 neu zugewanderte bulgarische Migranten kamen 2010 101 Fortzüge, was eine Nettozuwanderung von 9 Personen bedeutet.<sup>30</sup> Personen aus Bulgarien weisen im Sanierungsgebiet von allen Nationalitäten die höchste räumliche Mobilität auf.<sup>31</sup>

Zu der Frage, über welchen sozialen Status und Bildungsqualifikation die bulgarischen Migranten verfügen, herrschen unterschiedliche Einschätzungen vor. Teilweise wird die Migration aus den südosteuropäischen Ländern als reine Armutswanderung von Menschen mit geringen Bildungshintergründen und sozialisationsbedingten Integrationshemmnissen interpretiert.<sup>32</sup> Die Zuwanderer machten sich vor allem aus verarmten ländlichen Gegenden auf den Weg nach Westeuropa, um ihren desolaten Lebenssituationen zu entfliehen.<sup>33</sup> Der in Hamburg tätige Sozialarbeiter Andreas Stasiewicz schätzt, dass jede zweite aus Bulgarien zugewanderte Person keine Ausbildungsqualifikation aufweisen kann.<sup>34</sup> Ähnlich sieht es auch die Sozialarbeiterin Milena Ohnesorge von dem Integrationsträger BI Bildung und Integration Hamburg Süd. Sie sieht allerdings auch eine Zunahme von hochgebildeten Zuwanderern, die anlässlich fehlender Berufsperspektiven frustriert ihr Land verlassen.<sup>35</sup> Für ein differenziertes Bild plädieren auch Migrationsforscher und das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Letzteres verweist darauf, dass unter den Zuwanderern aus Bulgarien und Rumänien im Jahr 2010 25 Prozent über einen Hochschulabschluss und 40 Prozent über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen. 35 Prozent der Zugezogenen haben allerdings keinen Berufsabschluss.<sup>36</sup>

Eine weitere Uneinigkeit gibt es in der Bewertung, welchen organisatorischen Charakter die Zuwanderung aus Bulgarien einnimmt. Während eine Seite die sich am Rande der Legalität bewegendes Schlepperorganisationen hervorhebt, die

gezielt Arbeitskräfte im Herkunftsland anwerben und für Vermittlungstätigkeiten für Wohnraum, Arbeit, Gewerbeanmeldungen oder Kindergeldbeantragung unverhältnismäßige Geldbeträge verlangen,<sup>37</sup> betonen andere die familiären und sozialen Netzwerkstrukturen, die eine Zuwanderung begünstigen und eine „Austrocknung“ anfangs noch vorhandener halblegaler Strukturen begünstigen.<sup>38</sup>

#### 4. Rechtliche Situation

Durch die sechste Erweiterung der Europäischen Union sind am 1. Januar 2007 die beiden Staaten Rumänien und Bulgarien in die EU aufgenommen worden (EU-2-Länder). Dabei gelten nun auch für diese beiden Länder die vier konstituierenden europäischen Grundfreiheiten Warenverkehrsfreiheit,

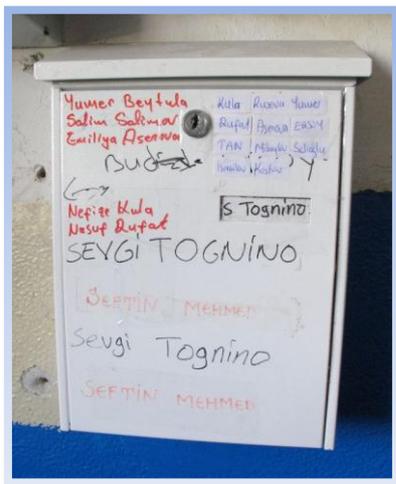


Abbildung 3: Briefkasten im Reihertiegeviertel mit 16 Namen (Foto: GfS, April 2013)

Personenfreizügigkeit, Dienstleistungsfreiheit und der freie Zahlungs- und Kapitalverkehr. In den Beitrittsverhandlungen wurde jedoch die in der Personenfreizügigkeit

enthaltene Arbeitnehmerfreizügigkeit mit einer Übergangsfrist von sieben Jahren bis zum 31.12.2013 eingeschränkt. Anders als bei den anderen EU-Bürgern benötigen Personen aus Bulgarien und Rumänien bis zu diesem Zeitpunkt für die Aufnahme einer nichtselbstständigen Erwerbstätigkeit eine Arbeitserlaubnis, die von der an der Bundesagentur für Arbeit angegliederten Zentralen Auslands- und

Fachvermittlung (ZAV) im Rahmen einer Vorrangprüfung vergeben wird. Ausgenommen hiervon sind unter bestimmten Voraussetzungen

Hochschulabsolventen, Saisonarbeiter, Pflegekräfte und Beschäftigungsverhältnisse in den Bereichen Au-pair und der Arbeitnehmerüberlassung.<sup>39</sup> Die Arbeitsgenehmigung durch die Bundesagentur für Arbeit entfällt für Bulgaren und Rumänen bei einem dreijährigen ununterbrochenen Aufenthalt in Deutschland und bei einem genehmigten ununterbrochenen zwölfmonatigen Beschäftigungsverhältnis.<sup>40</sup> Ungeachtet der Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit bietet das europäische Recht auf unbeschränkte Niederlassung für EU-Bürger und die Dienstleistungsfreiheit auch für rumänische und bulgarische Staatsangehörige die Möglichkeit, sich ohne Erfordernis einer Aufenthaltserlaubnis in anderen EU-Ländern anzusiedeln und ein selbstständiges Gewerbe auszuüben bzw. freiberufliche Leistungen anzubieten.

Das Freizügigkeitsrecht der Europäischen Union ist in den ersten drei Monaten des Aufenthalts unbeschränkt und anschließend an bestimmte Aufenthaltzwecke, wie z.B. der Erwerbstätigkeit, gebunden. Es kann aus Gründen der Sicherheit und Ordnung sowie aus wirtschaftlichen Gründen, beispielsweise bei einem unberechtigten Sozialleistungsbezug, von der Ausländerbehörde entzogen und damit zum Verlassen des Landes aufgefordert werden. Nach einem fünfjährigen Aufenthalt erhalten EU-Bürger ein dauerhaftes und ohne einen Aufenthaltzweck

versehenes Bleiberecht mit einem Anspruch auf Sozialleistungen und bzgl. Personen aus Rumänien und Bulgarien einem unbeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt.<sup>41</sup>

Gem. § 7 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 SGB II und § 23 Abs. 3 S. 1 SGB XII haben Ausländer sowie deren Familienangehörige, die eingereist sind, um Sozialleistungen zu erlangen oder deren Aufenthaltswort sich allein aus dem Zweck der Arbeitssuche ergibt, keinen Anspruch auf soziale Transferleistungen.<sup>42</sup> Anders verhält sich dieses bei bereits in Deutschland erwerbstätigen Ausländern, die frühestens nach einem Jahr unverschuldet in Arbeitslosigkeit geraten sind. Dieses trifft auch auf Selbstständige zu, deren Einkommen nicht zur Deckung des Lebensunterhalts auskömmlich ist. Sie können aufstockende Leistungen nach dem SGB II beziehen.

Voraussetzung ist hierbei jedoch, dass sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben und die Selbstständigkeit eine erkennbare Erwerbs- und Erfolgsaussicht aufweist.<sup>43</sup> In Hamburg liegt der Anteil der SGB II-Leistungsbezieher („Hartz IV“) zum Jahresende 2012 unter der bulgarischen Bevölkerungsgruppe mit 13,2 Prozent zwar über dem Anteil der Gesamtbevölkerung in Hamburg mit 9,9 Prozent, er ist jedoch noch deutlich geringer als der SGB II-Anteil unter den Ausländern in Hamburg insgesamt mit 20,7 Prozent.<sup>44</sup>

Unabhängig vom Status der Erwerbstätigkeit sind staatliche Unterstützungsleistungen wie Kinder-, Eltern- und Wohngeld zu betrachten sowie die Möglichkeit, bei geringen Einkommensverhältnissen einen Wohnberechtigungsschein zu beziehen. Anspruchsberechtigt ist hier jeder EU-Bürger mit einem festen Wohnsitz und gewöhnlichem Aufenthalt in der Bundesrepublik.<sup>45</sup> Bzgl. des Kindergeldbezugs lag der Anteil der Berechtigten unter den Personen bulgarischer Nationalität mit 9,5 Prozent unter dem Anteil der Berechtigten unter den in Deutschland lebenden Ausländern insgesamt mit 15,3 Prozent und unter dem Anteil in der Gesamtbevölkerung mit 10,7 Prozent.<sup>46</sup>

## 5. Wohnen

Dass ein großer Teil der nach Hamburg zugewanderten Personen aus Bulgarien sich in dem Stadtteil Wilhelmsburg niederlässt, hat seine Ursache in den hier vorhandenen informellen migrantischen Netzwerkstrukturen, die den neu Zugewanderten Informations- und Unterstützungsangebote bereit halten und über erste Hemmnisse wie Sprach- und Orientierungsschwierigkeiten hinweghelfen. Eine besondere Bedeutung haben hierbei türkische Sprachkenntnisse, über die die zugewanderten bulgarischen Migranten der türkischen Minderheit verfügen.<sup>47</sup> Die Anknüpfung an die etablierte türkische Community dürfte entscheidend für den



Abbildung 4: zusätzlich angebrachte Briefkästen (Foto: GfS, April 2013)

bevorzugten Zuzug nach Wilhelmsburg sein. Bei den zugewanderten EU-Bürgern aus Rumänien, die sich in einer ähnlichen Situation befinden, jedoch nicht über türkische Sprachkenntnisse verfügen, ist eine gleichmäßigere Verteilung über die Hamburger Stadtteile zu erkennen.<sup>48</sup>

Nicht selten nehmen diese Netzwerkstrukturen jedoch auch ausbeuterische und illegale Züge an, die von dem Abhängigkeitsverhältnis und den Unkenntnissen der neu Zugewanderten sowie von der angespannten Wohnungsmarktsituation profitieren. So sollen Vermieter Wohnungen in einem schlechten Zustand mit unzureichenden sanitären Ausstattungen zu Mietwucherpreisen vermieten. Im Reiherstiegviertel werden Kellerräume und Dachböden als Schlafstätten zweckentfremdet und gewinnträchtig vermietet.<sup>49</sup> Wohnungen werden überbelegt und die Miete zimmerweise oder nach Schlafplätzen berechnet, wobei für ein Etagenbett schon einmal 150 Euro zu zahlen sind.<sup>50</sup> Die Überbelegungen führen gerade mit Blick auf die Unterbringung von Kindern zu unhygienischen Wohnverhältnissen und zu einem erhöhten Müllaufkommen. Obwohl der Abteilung Wohnraumschutz des Fachamtes Verbraucherschutz rechtliche Maßnahmen zur Eingrenzung dieses Schattenwohnungsmarktes zur Verfügung stehen, ist die Anzeigenbereitschaft der Betroffenen aus Unkenntnis der behördlichen Möglichkeiten, aber vor allem aufgrund mangelnder Wohnalternativen und der Angst vor Wohnungsverlust gering.<sup>51</sup> Von den im Jahr 2012 erfolgten ca. zehn eingegangenen Anzeigen einer Überbelegung im Reiherstiegviertel konnte nur in einem Fall eine konkrete Überbelegung nachgewiesen werden.<sup>52</sup>

Auch der Tatbestand einer Mietpreisüberhöhung und eines Mietwuchers kann nur schwer belegt werden.<sup>53</sup> Hierfür wird als Nachweis ein Mietvertrag benötigt, über den die zugewanderten Mieter oftmals nicht verfügen. Auch konkrete überhöhte Mietzahlungen lassen sich hier schwer beweisen, wenn die Miete in bar geleistet wird. Ob solche prekären Wohnverhältnisse nur Einzelfälle sind oder tatsächlich massenhaft vorkommen, lässt sich nicht eindeutig sagen. Die Abteilung Wohnraumschutz des Bezirksamtes Hamburg-Mitte, sieht auf Basis des Anzeigeverhaltens und der Erfahrungen keinen erheblichen Handlungsbedarf in Wilhelmsburg,<sup>54</sup> anders wiederum wird dieses von den Integrationsberatungsstellen gesehen.<sup>55</sup>

Wegen ihres unregelmäßigen Einkommens, eines unklaren Aufenthaltsstatus, mangelnden Deutschkenntnissen, kulturellen Vorbehalten, der Gefahr von Wohnungsüberbelegungen und einer Verknappung des Wohnungsangebots haben bulgarische Zuwanderer nur geringe Chancen, auf regulärem Weg zu einem Mietvertragsverhältnis für eine familiengerechte Wohnung zu kommen. Wohnungsvermittlungen über Vermieter und Baugenossenschaften stellen im Reiherstiegviertel eher eine Ausnahme dar.<sup>56</sup> Der beschränkte Zugang zum Wohnungsmarkt verschärft die Wohnsituation der bulgarischen Zuwanderer. Fehlen die finanziellen Mittel zur Anmietung einer Wohnung, so wird auch ohne Wissen der Vermieter in Kellerräumen oder Dachböden oder auch in Autos und unter freiem Himmel genächtigt.<sup>57</sup> Eine andere Schlafmöglichkeit für Zuwanderer aus Südosteuropa sind öffentlich-rechtliche Unterbringungen: jeweils 20 Prozent der in den

Notunterkünften des städtischen Betriebs fördern & wohnen untergebrachten Obdachlosen stammen aus Bulgarien und Rumänien.<sup>58</sup>

Die Angabe einer Wohnung ist insbesondere für die Erwerbstätigkeit von Bedeutung. Da bulgarische Migranten bisher im Regelfall nur über eine selbstständige Erwerbstätigkeit Einkommen erzielen können, benötigen sie für die Gewerbeanmeldung eine Anmeldebescheinigung. Wegen der oftmals ungelösten Wohnsituation melden sich Personen bei einer Wohnadresse an, leben dort tatsächlich jedoch nicht. Auch sind Fälle bekannt geworden, in denen sich das „Mieten“ einer Briefkastenadresse für 100 Euro monatlich zu einem lukrativen Geschäft entwickelt hat. Das Meldewesen verlangt inzwischen im Rahmen des Anmeldeverfahrens für bestimmte Wohngegenden und bestimmte Nationalitäten eine Bestätigung des Vermieters. Es besteht der Verdacht, dass Vermieter solche Bestätigungen gegen Geldleistungen ausstellen.<sup>59</sup>

## **6. Arbeitsmarkt**

Wie bereits erläutert, gilt auch für bulgarische EU-Bürger das europäische Freizügigkeitsrecht, allerdings mit der Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit bis Ende 2013. Einen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten Zuwanderer aus Bulgarien bis auf wenige Ausnahmen nur im Rahmen von selbstständigen Arbeitsverhältnissen, die keinen Meisterbrief erfordern und für die eine Anmeldung beim Gewerbeamt notwendig ist. Hiervon haben bulgarische Zuwanderer zahlreich Gebrauch gemacht. In der Zeit von 2007 bis 2010 wurden in Hamburg 3.560 Gewerbeanmeldungen von bulgarischen Staatsangehörigen verzeichnet.<sup>60</sup> Lag die Zahl der Gewerbeanmeldungen von Bulgaren im EU-Beitrittsjahr 2007 noch bei 341 Anmeldungen, so waren es 2012 bereits 1.806 Personen aus Bulgarien, die sich in Hamburg selbstständig machten.<sup>61</sup> Obwohl die Anmeldung beim Gewerbeamt für eine Gebühr in Höhe von 20 Euro verhältnismäßig unkompliziert ist, gibt es auch hier „Vermittler“, die die mangelnden deutschen Sprachkenntnisse ausnutzen und solche Anmeldungen gegen hohe Geldbeträge übernehmen.<sup>62</sup>

Offiziell handelt es sich bei den selbstständigen Tätigkeiten um Subunternehmer in Arbeitsbereichen, die eine geringe Ausbildungsqualifikation erfordern, wie z.B. in Garten- und Bauhilfstätigkeiten, im Reinigungsgewerbe, im Lager oder im Gastronomie- und Hotelbereich.<sup>63</sup> Tatsächlich sind es jedoch oftmals nur Tagelöhner, die sich auf dem in den Medien als „Arbeiterstrich“<sup>64</sup> titulierten Stübenplatz zu Dumpinglöhnen von 2,50 Euro bis 5,00 Euro Stundenlohn anbieten. Als Scheinselbstständige tragen sie das volle unternehmerische Risiko und können sich mitunter nicht sicher sein, ihren Arbeitslohn ausbezahlt zu bekommen.<sup>65</sup> Mit der Beantragung einer Steuernummer bei dem Finanzamt im Zusammenhang mit einer Selbstständigkeit, den korrekten Rechnungsstellungen und einer Umsatzsteuererklärung sind die Zuwanderer oftmals überfordert und scheitern an den erforderlichen Unterlagen, was zu Bußgeldverfahren und zwangsweisen Gewerbeabmeldungen führt. Ein scheinbarer Ausweg bietet in

diesen Fällen die Schwarzarbeit, was bei einer Aufdeckung zu einer weiteren Kriminalisierung bulgarischer Zuwanderer führt..<sup>66</sup>

Einem Teil der bulgarischen Zuwanderer gelingt eine wirtschaftliche Stabilisierung und der Sprung in die Selbstständigkeit, wenn auch sicherlich unter bescheidenen Verhältnissen. Auch die Nahversorgung reagiert inzwischen im Reiherstiegviertel auf die neuen Nachbarn und Kunden, was u.a. durch die von Zuwanderern betriebenen Läden mit Lebensmitteln aus Bulgarien in der Fährstraße und am Stübenplatz zu erkennen ist. Mit der Einführung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit ab dem 01.01.2014 ist zu erwarten, dass die Gewerbeanmeldungen bulgarischer Zuwanderer abnehmen und ein Hinüberwandern in nicht-selbstständige Arbeitsverhältnisse zu beobachten sein wird.

Eine wichtige Anlaufstelle für die Beratung zu den Fragen Erwerbstätigkeit aber auch Wohnungssituation, Versicherungsschutz und staatliche Unterstützungsmöglichkeiten stellt für bulgarische Migranten im Reiherstiegviertel die BI Bildung und Integration Hamburg Süd gmbH (ehemals BI ausländische Arbeitnehmer) in der Rudolfstraße dar. Jeweils



Abbildung 5: Schlafunterkunft unter der Hafensandbrücke (Foto: GfS, August 2013)

mittwochs in der Zeit von 16:00 bis 18:00 Uhr können hier Zuwanderer das kostenlose bulgarisch-sprachige Beratungsangebot in Anspruch nehmen, das durchschnittlich von sechs Zuwanderern pro Termin aufgesucht wird.<sup>67</sup> Ein weiteres Beratungsangebot, speziell mit dem Schwerpunkt Arbeitsverhältnisse bzw. Arbeitnehmerfreizügigkeit für Beschäftigte aus Mittel- und Osteuropa, bietet die Beratungsstelle „Faire Mobilität“ von Arbeit und Leben Hamburg im Besenbinderhof 59. In dem einjährigen Bestehen dieser Einrichtung konnten bisher 840 Personen, darunter 25 Prozent bulgarische Erwerbstätige, beraten und über ihre Rechte aufgeklärt werden. In 158 Fällen hat die Beratungsstelle Hilfesuchende unterstützt, Arbeitsgerichtsverfahren einzuleiten.<sup>68</sup> Hilfen für Menschen aus Osteuropa, die von Obdachlosigkeit betroffen sind, wenig Integrations- und Erwerbschancen in Hamburg haben und ggf. Unterstützung bei der Reintegration in den Heimatländern bedürfen, bietet die niedrigschwellige Straßensozialarbeit des Projektes „Plata“, deren Mitarbeiter seit Ende 2010 bis April 2012 über 1.000 obdachlose Menschen aus Osteuropa kontaktierten.<sup>69</sup>

## 7. Gesundheitsversorgung

Neben den Bereichen Wohnen und Arbeit befinden sich viele bulgarische Zuwanderer auch in der Gesundheitsversorgung in einer prekären Situation, die mit einem unzureichenden Krankenversicherungsschutz zusammenhängt. Die Krankenversicherungspflicht gilt in Deutschland auch für Zugezogene aus

Bulgarien seit dem ersten Einreisetag, was den Betroffenen oftmals nicht bekannt ist. Für EU-Bürger, die sich nur vorübergehend in Deutschland aufhalten, können medizinische Leistungen über die europäische Krankenversicherungskarte (European Health Insurance Card - EHIC) der Herkunftsländer abgerechnet werden. Dieser Versicherungsschutz gilt für akute Erkrankungen, die eine sofortige medizinische Behandlung bedürfen. Als problematisch ist zu anzusehen, dass eine Vielzahl der Zugezogenen aus Bulgarien über keinen Versicherungsschutz im Herkunftsland und damit auch nicht über die EHIC verfügt. Des Weiteren gibt es Abrechnungsschwierigkeiten mit den Krankenkassen des Herkunftslandes und dadurch auch Verunsicherungen bzgl. der Leistungsabrechnung unter den deutschen Ärzten. Bei einem dauerhaften Aufenthalt in der Bundesrepublik ist der Beitritt in eine private oder gesetzliche Krankenversicherung erforderlich, für die monatlich rückwirkend ab dem Einreisetag je nach Einkommen ein Monatstarif zu entrichten ist, den sich viele bulgarische Zuwanderer aufgrund ihrer geringen Einkommensverhältnisse auch nicht als Basis- bzw. Sozialtarif leisten können.<sup>70</sup> Es sind Fälle bekannt geworden, bei denen Zuwanderer deshalb aus Unkenntnis eine kostengünstige Reisekrankenversicherung abgeschlossen haben, die jedoch keinen umfassenden Versicherungsschutz bietet.<sup>71</sup>

In medizinischen Notfällen sind Ärzte verpflichtet, auch ohne Krankenversicherungsschutz Patienten zu behandeln. Die Behandlungskosten sind dem Patienten dann in Rechnung zu stellen. Im Fall eines unabweisbaren Notfalls und einer Mittellosigkeit gibt es für nicht krankenversicherte Patienten die Möglichkeit, eine Kostenübernahme nach § 25 SGB XII durch das Grundsicherungsamt zu erreichen.<sup>72</sup>

Für unzureichend versicherte Migranten bietet im Reihertiegviertel der Nachbarschaftstreff „westend“ im Vogelhüttendeich 17 die Möglichkeit einer kostenlosen und anonymen medizinischen Behandlung. Hier ist seit März 2013 ein pensionierter Arzt jeweils dienstags von 10 bis 12 Uhr mit einem kleinen Team ehrenamtlich tätig. Durchschnittlich werden pro Termin acht Patienten, fast durchweg Bulgaren, behandelt, die über die Mund-zu-Mund-Propaganda von dem Angebot erfahren haben. Es handelt sich bei der Behandlung um eine medizinische Erstversorgung, bei der ggf. eine Überweisung zu einem anderen Arzt für eine gründliche Untersuchung erfolgt. Hierfür wurde ein Ärztenetzwerk aufgebaut, das Migranten kostenlos oder gegen ein geringes Entgelt behandelt. Die im „westend“ vorgetragenen gesundheitlichen Beschwerden ähneln denen einer durchschnittlichen Hausarztpraxis. Eine besondere Gesundheitsgefährdung ist bei den Migranten durch das verspätete Aufsuchen medizinischer Hilfe zu erkennen: Krankheiten werden verschleppt und sind dann schlechter zu behandeln. Kosten, die für die migrantische ärztliche Erstversorgung entstehen, insbesondere für Medikamente, werden über Spenden und Zuwendung der Stadtmission finanziert.<sup>73</sup>

## **8. Sozialer Frieden**

Insgesamt gesehen ist das Konfliktpotential der zugewanderten Menschen aus Bulgarien gering. Eine überdurchschnittliche Delinquenz ist in dieser Zuwanderergruppe nicht zu erkennen.<sup>74</sup> Dem Bezirklichen Ordnungsdienst (BOD) sind im Reiherstiegviertel mit Blick auf die Verfolgung von Ordnungsdelikten keine besonderen Auffälligkeiten gegenüber bulgarischen Migranten bekannt. Eine Erhöhung der Einsätze der Außendienstmitarbeiter ist im Reiherstiegviertel nicht vorgesehen. Nach Einschätzung des BOD hat sich die Lage in Wilhelmsburg in den letzten Jahren insgesamt verbessert, sodass der Stadtteil tendenziell auf einem guten Weg ist. Problemlagen, die mit der Zuwanderung aus Bulgarien verbunden sind, sind aus Sicht des BOD nicht im Rahmen einer Vertreibungspolitik zu lösen, sondern durch unterstützende Angebote wie z.B. den Verweis von obdachlosen bulgarischen Migranten an zuständige Beratungsstellen oder die Entsendung von türkischsprachigen Behördenmitarbeitern nach Wilhelmsburg, um Sprachhürden abzubauen.<sup>75</sup>

Eine Anspannung im sozialen Miteinander zwischen den Neuzugezogenen und der ansässigen Bevölkerung ist hingegen in nachbarschaftlichen Auseinandersetzungen zu erkennen. Aufgrund des für Bulgaren oftmals eingeschränkten Wohnungsmarktes und den daraus resultierenden Wohnungsüberbelegungen kann es zu Lärmbeeinträchtigungen und zu einem erhöhten Müllaufkommen bzw. zu einer rechtswidrigen Müllentsorgung kommen. Insbesondere das illegale Bewohnen von Kellern und Dachböden oder das Nächtigen in Autos oder unter freiem Himmel ohne sanitäre Einrichtungen und Müllentsorgungsmöglichkeiten führt zu Frustration und Abwehrhaltungen bei den Anwohnern. Die Verhaltens- und Lebensweisen der Neuzuwanderer werden hierbei oftmals nicht den strukturellen Umständen zugeschrieben, sondern mit kulturellen Unterschieden erklärt. Der begrenzte Zugang zum Wohnungs- und Arbeitsmarkt erzeugt zusätzlich unter den von sozialer Benachteiligung besonders betroffenen Migranten ein Konkurrenzdenken, bei dem die Zuwanderer aus Bulgarien auf die unterste Hierarchiestufe verwiesen werden.<sup>76</sup> Diese Ausgrenzung sowie mangelnde deutsche Sprachkenntnisse und fehlende soziale Kontakte zu alteingesessenen Bewohnern wirken sich hemmend für eine Integration aus und führen zu einem auf sich selbst bezogenen Milieu mit geringen Überschneidungen zur Aufnahmegesellschaft.

## **9. Fazit und Handlungsmöglichkeiten**

Die verstärkte Abwanderung von Menschen aus Bulgarien ist letztlich auf die geringen individuellen Entwicklungsperspektiven im Land und die Wohlstandsunterschiede in Europa in Kombination mit den Freizügigkeitsrechten der Europäischen Union zurückzuführen. Eine europapolitische Forderung lautet daher an die Adresse der bulgarischen Regierung, Minderheitenrechte zu stärken und wirtschaftliche Strukturen zu schaffen, durch die eine Auswanderung unnötig wird. Letztlich wird auch die bulgarische Volkswirtschaft durch die Emigration beeinträchtigt, wenn sich Staatsangehörige mit in Bulgarien erworbenen

Ausbildungsqualifikationen auf den europäischen Arbeitsmärkten bewerben und abwandern.

Auf nationaler Ebene des Ziellandes Deutschland wird aus gewerkschaftlicher Sicht mit Blick auf die Beschäftigungsstruktur empfohlen, Kontrollmöglichkeiten der Bekämpfung von Schwarzarbeit zu erhöhen, das Vergabegesetz mit den Aspekten Tariftreue und fairen Wettbewerb zu ergänzen, die Generalunternehmerhaftung auszudehnen und einen Mindestlohn einzuführen.<sup>77</sup> Wohlfahrtsverbände und Integrationsträger sehen aus Sicht der betroffenen Zuwanderer vor allem in der Einführung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit und einem gleichberechtigten Zugang zu Sozialleistungen einen Weg, um Ausbeutungs- und Verelendungsstrukturen abzuwenden.<sup>78</sup> Vonseiten des Deutschen Städtetags wird eine bessere finanzielle Ausstattung derjenigen Kommunen gefordert, die besonders von der Migration betroffen sind, um den sich aus der Zuwanderung ergebenden Anforderungen gerecht zu werden.<sup>79</sup> Die beiden besonders von der Zuwanderung aus Südosteuropa betroffenen Kommunen Duisburg und Berlin-Neukölln haben hierbei bereits konkrete Handlungskonzepte mit folgenden Empfehlungen erarbeitet:<sup>80</sup>

Wohnen:

- Mitwirkungsforen der Hauseigentümer zur verbesserten Verteilung der Zuwanderer im Stadtgebiet
- Einschaltung von Feuerwehr und Bauaufsicht, um Brandschutz- und Fluchtwegemaßnahmen zu prüfen und gegen Überbelegung und Wohnungsmängel vorzugehen
- Schaffung von Notunterkünften

Arbeit:

- verstärkte Überprüfung von Gewerbebetrieben zur Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit

Gesundheitsschutz:

- kostenfreie medizinische Basisversorgung: Impfungen, Ernährungs- und Stillberatung, Antibiotika-Versorgung für Infektionserkrankte
- Aufstockung des Personals des Allgemeinen Sozialen Dienstes, um Überprüfungen der Kindeswohl-Gefährdung und der Teilnahme an Gesundheitsvorsorgemaßnahmen (U-Untersuchungen) besser nachgehen zu können

Bildung:

- Erweiterung des Bestandes an Kindertagesstätten
- Erweiterung der Schulen mit Vorbereitungs- bzw. Seiteneinsteigerklassen
- Ausdehnung der Sprachförderung in den Schulen
- Übernahme des elterlichen Eigenanteils an den Schülerfahrtkosten
- Übernahme der Erstausrüstung mit Schulbedarf
- Einrichtung von Schulsozialarbeiterstellen mit bulgarischer Herkunft
- gezielte Lernangebote der Volkshochschulen zum Spracherwerb für Jugendliche und Erwachsene

- kostenfreie Integrationskurse zur Alphabetisierung, zur Vermittlung deutscher Sprachkenntnissen und zu den gesamtgesellschaftlichen Verhältnissen in Deutschland
- Ergänzung der Stadtbibliothek mit einer interkulturellen Kinderbibliothek, u.a. mit bulgarischen Medien
- kostenfreie Mittagsverpflegung an Schulen

#### Beratung:

- Einrichtung von sozialraumorientierten Beratungsangeboten zu den Themen allgemeine Sozialberatung, Zugang zum Arbeitsmarkt, Selbstständigkeit und Arbeitsrecht, Bildungssystem, Wohnungsangelegenheiten, Krankenversicherungsschutz, Spracherwerb und Rückkehrperspektiven
- Beauftragung von Trägern der freien Jugendhilfe mit Maßnahmen der Elternbildung bzgl. Hygiene, Gesundheit, Bewegung und Ernährung
- Erstellung einer Infobroschüre in Form eines Wegweisers mit allen relevanten Institutionen und Hilfsorganisationen

#### öffentlicher Raum:

- verstärkter Einsatz der Stadtreinigung
- Erhöhung der Polizeipräsenz bzw. des Ordnungsamtes, um Straßenkriminalität vorzubeugen und das Sicherheitsempfinden der Anwohner und Geschäftsleute zu erhöhen.
- schwerpunktmäßige Verkehrsüberwachung mit konsequentem Einschreiten gegen Verstöße gegen die Verkehrssicherheit (fehlender Zulassungs- und Versicherungsstatus, Sicherheitsmängel ausländischer KFZ)
- Einsatz von Integrationslotsen bzw. Streetworkern mit herkunftssprachlichen Kenntnissen
- kulturspezifische Freizeitangebote für Jugendliche (z.B. Gründung einer eigenen Fußballmannschaft)

#### Kommunikationsstrukturen:

- Aufbau von internen Netzwerken von Multiplikatoren der Institutionen und Hilfsorganisationen zur Intensivierung des Informationsflusses
- Etablierung eines Runden Tisches unter Einbeziehung der Bewohner und aller Akteure zur Förderung eines nachhaltigen Dialogs
- Unterstützung der Vernetzung, Ansprache und Beteiligung der Zielgruppe durch geeignete Mediatoren mit dem Ziel „Hilfe zur Selbsthilfe“

Bezogen auf die Situation im Sanierungsgebiet Südliches Reiherstiegviertel und umliegenden Wohnquartieren wurden seitens der Interviewpartner besonders folgende Lösungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene angeführt:<sup>81</sup>

- Als ein drängendes Problem zeigt sich die unzuträgliche Wohnungssituation für Neuzuwanderer, die durch eine Ausweitung von **öffentlich-rechtlichen Unterbringungsmöglichkeiten** behoben werden könnte.

- Eine wichtige Prävention gegen prekäre Lebensverhältnisse in den Bereichen Wohnen, Arbeit und Gesundheit wird in einer Ausdehnung des herkunftssprachigen Beratungs- und Informationsangebots gesehen. Eine flankierende Unterstützung zur Orientierung kann die Herausgabe einer Wegweiser-Broschüre für Zugewanderte sein, in der über die relevanten rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen mit Aufführung der Beratungsstellen informiert wird. So könnten bulgarische Migrantinnen und Migranten über ihre Rechte, Pflichten und Möglichkeiten aufgeklärt werden und sich Abhängigkeits- und Ausbeutungsstrukturen entziehen. Als Vorbild könnte hierfür die **Informationsbroschüre** der Internationalen Initiative Hochfeld für die Stadt Duisburg angesehen werden.<sup>82</sup>
- Auch eine Öffnung der Integrationskurse für bulgarische EU-Bürger wird befürwortet, da der **Spracherwerb** für die Integration in die Aufnahmegesellschaft unentbehrlich ist.
- Um problematische Begleiterscheinungen der Zuwanderung aus Südosteuropa im öffentlichen Raum, wie der Alkoholkonsum in größeren Menschenmengen mit der einhergehenden Ruhebeeinträchtigung und die Müll- und Hygieneproblematik im Zusammenhang mit dem Nächtigen unter freiem Himmel oder in PKW einzugrenzen, wird empfohlen, verstärkt einen **aufsuchenden Sozialarbeiter** einzusetzen, um auf niedrigschwellige Hilfen zu verweisen und zwischen Bewohnern und Zuwanderern zu vermitteln.
- Der mangelnde Krankenversicherungsschutz stellt eine potenzielle Gesundheitsgefahr dar. Hier ist es ratsam, die vom Nachbarschaftscafé westend bereitgestellte kostenlose **medizinische Erstversorgung** auszubauen.



Abbildung 6: Geschäft mit polnischen und bulgarischen Lebensmitteln am Stübenplatz (Foto: GfS, Mai 2013)

Viele der vor Ort ersichtlichen Problemlagen im Zusammenhang mit der Zuwanderung aus Südosteuropa sind jedoch in erheblichem Umfang auf arbeits- und aufenthaltsrechtliche Besonderheiten des EU-Beitritts Bulgariens und Rumäniens zurückzuführen und können auf lokaler Ebene kaum beeinflusst werden.

Mit der Einführung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit und dem Wegfall der restlichen Restriktionen auf dem Arbeitsmarkt ab 2014 wird vermutlich mit einer Zunahme der Migration aus den Staaten Bulgarien und Rumänien zu rechnen sein, ähnlich, wie dieses bei den osteuropäischen Ländern wie Polen, Tschechien oder Ungarn zu erkennen war, als diese zum 01.05.2011 den vollen Zugang zum Arbeitsmarkt erhielten.<sup>83</sup> Begünstigend kommt des Weiteren hinzu, dass aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise traditionelle Zuzugsländer in geringerem Maße von der Einwanderung betroffen sein werden und sich die Migrationsbewegungen aus Südosteuropa vermehrt in die weniger krisengeschüttelten EU-Länder

Nordeuropas umlenken werden. Es ist zu vermuten, dass sich dieses auch im Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg mit seinem Reiherstiegviertel verstärkt bemerkbar machen wird. Hier sind bereits Netzwerkstrukturen vorhanden, die als erste Anlaufstelle genutzt werden können, um den erhofften Sprung in ein besseres Leben zu ermöglichen.

Einem Teil der Neuzuwanderer wird dieser Sprung gelingen, zumal wenn mit einem hohen Ausbildungsniveau gute Voraussetzungen für die Integration in den Arbeitsmarkt gegeben sind. Arbeitsmarktexperten des IAB bewerten die Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit und die zu erwartende erhöhte Zuwanderung von Personen aus Bulgarien durchaus als Chance. Ab dem nächsten Jahr wird unter den mobilen Arbeitskräften aus Bulgarien und Rumänien ein rückläufiger Anteil an Saisonarbeitskräften und selbstständigen Erwerbstätigkeiten und eine Zunahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse prognostiziert. Aufgrund der günstigen Altersstruktur der Migranten könnten die durch die Zuwanderung erzielten Steuern und Abgaben die gewährten sozialen Transferleistungen übersteigen, sodass sich insgesamt unter dem Aspekt des demografischen Wandels unter Berücksichtigung aller Ein- und Auszahlungen ein positiver Nettobeitrag für die öffentlichen Haushalte ergibt. Auch auf die Löhne und Arbeitslosenquote wird, so die Einschätzung des IAB, die Zunahme des Arbeitskräfteangebots aus den EU-2-Ländern kaum Einfluss nehmen.<sup>84</sup>

Für das Reiherstiegviertel stellt sich die Frage, ob sich die oben benannten positiven Einschätzungen bestätigen oder ob mit der im nächsten Jahr einsetzenden vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit mit vergrößerten sozialen Problemen im Zusammenhang mit einer Zuwanderung von Migranten ohne Bildungsqualifikationen und Erwerbsperspektive zu rechnen ist, denen keine ökonomische Etablierung gelingt.

Für das Jahr 2014 gilt es, die Situation weiter zu beobachten und gemeinsam mit den Beteiligten aus Initiativen, Vereinen, den Fachämtern des Bezirksamtes Hamburg-Mitte und Fachbehörden auf Senatsebene die Handlungsempfehlungen für das Reiherstiegviertel auf ihre Umsetzbarkeit und ggf. Übertragbarkeit auf Situationen in anderen Stadtteilen und Fördergebieten hin zu überprüfen. Hierfür könnte das Gebietsentwicklungsverfahren Südliches Reiherstiegviertel eine Plattform darstellen. Weitere Anknüpfungspunkte zum Thema werden aus der zurzeit in Vorbereitung befindlichen Sozialraumbeschreibung für Wilhelmsburg erwartet, deren Ergebnisse ebenso in den weiteren Bearbeitungsprozess einbezogen werden sollten.

## 10. Quellen- und Literaturverzeichnis

### 10.1 Interviews

Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt, Abteilung für Technischen Umweltschutz und Wohnraumschutz. Herr Hasch, Herr Kerl. Hamburg 11.04.2013

Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Management des öffentlichen Raumes, Bezirklicher Ordnungsdienst. Helmut Lungfiel. Hamburg 11.04.2013.

BI Bildung und Integration Hamburg Süd gGmbH, Judith Geipel, Milena Ohnesorge, Ali Yüce. Hamburg 10.04.2013.

Hoffnungsorte Hamburg, Nachbarschaftstreff westend, medizinische Versorgung für Migranten. Matthias Plieninger, Melanie Stello. Hamburg 14.05.2013.

Honorarkonsul der Republik Bulgarien in Hamburg. Prof. Dr. Gerd Winand Imeyer. Hamburg 09.04.2013 (Telefoninterview).

### 10.2 Literatur

Amnesty International: Amnesty Report 2012 Bulgarien. In: <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2012/bulgarien?destination=node/2892&print> [Stand: 19.08.2013]

Auswärtiges Amt: Länderinformation Bulgarien. In: [http://www.auswaertigesamt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes\\_Uebersichtsseiten/Bulgarien\\_node.html](http://www.auswaertigesamt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes_Uebersichtsseiten/Bulgarien_node.html) [Stand: 19.08.2013]

Bezirksamt Neukölln von Berlin, Abteilung Bildung, Schule, Kultur und Sport (Hg.): 2. Roma-Statusbericht. Entwicklung der Zuzüge von EU-Unionsbürgern aus Südosteuropa. Berlin-Neukölln April 2012.

Bundesinnenministerium des Innern (Hg.): Migrationsbericht 2011 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Berlin 2013.

Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Dossier Migration. EU-Binnenmigration vor und während der Wirtschafts- und Finanzkrise – ein Überblick. 19.02.2013. In: <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/155393/> [Stand: 19.08.2013]

Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Dossier Migration. Die aktuelle Entwicklung der Zuwanderung nach Deutschland. 19.02.2013. In: <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/155584/> [Stand: 19.08.2013]

Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Dossier Migration. Deutschland – Debatte um „Armutsmigration“ aus Rumänien und Bulgarien. 22.03.2013. In: <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/157067/> [Stand: 19.08.2013]

Deutscher Caritasverband e.V., Abteilung Soziales und Gesundheit – Referat Migration und Integration (Hg.): Arbeitshilfe. Europäische Union – Grundlagen, Freizügigkeit der Unionsbürger/innen, Zugang zu Transferleistungen. Freiburg Februar 2012.

Deutscher Caritasverband e.V., Abteilung Soziales und Gesundheit – Referat Migration und Integration (Hg.): Fact sheet. Mobilität bulgarischer und rumänischer EU-Bürger/innen. Freiburg April 2013.

Deutscher Städtetag (Hg.): Positionspapier des Deutschen Städtetages zu den Fragen der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien. 22.01.2013.

DGB Bezirk Berlin-Brandenburg, Projekt Faire Mobilität des DGB-Bundesvorstandes (Hg.): Grenzenlos faire Mobilität? Zur Situation von mobilen Beschäftigten aus den mittel- und osteuropäischen Staaten. Berlin 2012.

Einwanderung – Elend wächst auf dem Boden der Rechtlosigkeit, in: Diakonisches Werk Hamburg (Hg.): Newsletter Soziale Stadt, Juni 2012, S. 8-11.

Europäische Kommission: EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Brüssel 2011.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (Hg.): Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien. Arbeitsmigration oder Armutsmigration? In: IAB-Kurzberichte. Nr. 16. Nürnberg August 2013.

Integrationsagentur der Internationalen Initiative Hochfeld e.V. (Hg.): Wegweiser für Neu-EU-Bürgerinnen und Bürger in Duisburg. Duisburg Januar 2013.

Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Bremen e.V. (Hg.): „Neue Nachbarn aus Bulgarien und Rumänien im Land Bremen“. Fachtagung 23.11.2012 – Dokumentation. Bremen 2012.

Mosaik-Hamburg (Hg.): Bulgarische Mitbürger in Wilhelmsburg. Hamburg Januar 2013.

Projekt „Plata“. Streetwork für osteuropäische Obdachlose. In: <http://www.bagw.de/tagungen/migration/Hermannes-Stasiewicz.pdf> [Stand: 19.08.2013]

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (Hg.): Erfolgsfall Europa? Folgen und Herausforderungen der EU-Freizügigkeit für Deutschland. Jahresgutachten 2013 mit Migrationsbarometer. Essen 2013.

Stadt Duisburg, Dezernat für Familie, Bildung und Kultur (Hg.): Handlungskonzept der Stadt Duisburg zum Umgang mit der Zuwanderung von Menschen aus Südost-Europa. Duisburg März 2012.

Stadt Duisburg, Referat für Integration (Hg.): Zuwanderung von Menschen aus Südost-Europa. Sachstandsbericht zur Umsetzung des Duisburger Handlungskonzeptes. Duisburg Januar 2013.

Statistisches Bundesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch. Deutschland und Internationales 2012. Wiesbaden 2012.

Statistisches Bundesamt (Hg.): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Vorläufige Wanderungsergebnisse. Wiesbaden Mai 2013.

### **10.3 Presseartikel**

Balasko, Sascha; Ter Haseborg, Volker; Mikuteit, Hanna-Lotte: „Ich bin doch auch ein Bürger der EU“. Immer mehr Bulgaren und Rumänen kommen nach Hamburg. In: Hamburger Abendblatt vom 02.04.2013.

Brill, Klaus: Nichts als Spott. Die hartnäckigen Demonstranten in Bulgarien wählen kreative Mittel, um ihre Wut auf die Regierung auszudrücken. In: Süddeutsche Zeitung vom 20./21.07.2013.

Bulgarien verbrennt sich selbst. In: Süddeutsche Zeitung vom 23./24.03.2013.

Frank, Charlotte; Läscher, Kristina: „Ich muss alle Träume platzen lassen“. Der Sozialarbeiter Andrea Stasiewicz berät Armutsmigranten aus Osteuropa. In: Süddeutsche Zeitung. Nr. 183 vom 09.08.2013.

Frank, Charlotte: Die Sorgenkinder. Sie gelten als Roma, manchmal auch nur als Armutsflüchtlinge. In: Süddeutsche Zeitung vom 16./17.03.2013.

Gezer, Özlem: Die Hoffnungsreisenden. Moderne Menschenhändler beliefern den deutschen Markt mit Arbeitskräften aus Bulgarien, auf die drei Euro Stundenlohn warten und Schlafplätze im Kellerverschlag. In: Der Spiegel. Nr. 16/2011 vom 18.04.2011, S. 34 – 37.

Gezer, Özlem: „Legale Sklaverei“. Bulgaren und Rumänen werden zur Problemgruppe in deutschen Städten. In: Der Spiegel. Nr. 21/2011 vom 23.05.2011, S. 44 f.

Gezer, Özlem: Zuwanderer. „Hilferufe, Wut, Empörung“. In: Der Spiegel. Nr. 19/2012 vom 07.05.2012, S. 36 f.

Iskandar, Katharina: Bulgaren in Deutschland. Alles was kommt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.04.2012.

Sozialleistungen. Friedrich mobilisiert EU gegen Armutswanderung. Zeit Online. 25.04.2013. In: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-04/eu-innenminister-zuwanderung> [Stand: 19.08.2013].

### **10.4 Sonstige Quellen**

Bezirksamt Hamburg-Mitte: Protokoll Runder Tisch „bulgarische Tagelöhner in Wilhelmsburg“ vom 18.08.2011.

Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung; Gesellschaft für Stadtentwicklung mbH: Protokoll der 62. Sitzung des Sanierungsbeirats Südliches Reiherrstiegiertel vom 28.02.2013: Situation der bulgarischen MigrantInnen im Reiherrstiegiertel.

Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg: Antwort des Senats auf die schriftliche kleine Anfrage des Abgeordneten Kazim Abaci (SPD) vom 20.06.2011 und Antwort des Senats. Drucksache 20/826.

Mitteilung des Statistikamtes Nord an den Sanierungsträger: Wanderungen über die Grenze statistischer Gebiete nach Herkunfts-/ Zielgebieten im Jahr 2010.

Panorama: Ausgebeutet – Billiglöhner aus Osteuropa. Fernsehdokumentation vom 20.11.2012. In: <http://www.ndr.de/regional/hamburg/freizuegigkeit119.html>

Statistisches Bundesamt: 15,8% der Bevölkerung Deutschlands waren 2010 armutsgefährdet, EU-weit waren es 16,9%. Pressemitteilung Nr. 121. Wiesbaden 27.03.2013.

Veranstaltung des Hamburger Beratungszwerkes Neue EU-Länder: Europäer zweiter Klasse? Zur Situation von ArbeitsmigrantInnen aus Bulgarien und Rumänien. Haus der Patriotischen Gesellschaft. Hamburg 08.05.2013.

## 11. Adressen

Arbeit und Leben Hamburg  
Projekt „Faire Mobilität“  
Besenbinderhof 59  
20097 Hamburg

Tel.: 040 / 28 40 16 77

mobil: 0151 / 22 21 64 38

Email: office@hamburg.arbeitundleben.de

**Angebot: Beratungen zum Thema Arbeitnehmerfreizügigkeit und Arbeitsrecht für mittel- und osteuropäische Beschäftigte**

Bezirksamt Hamburg-Mitte  
Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt / Abteilung Wohnraumschutz  
Klosterwall 2  
20095 Hamburg

Tel.: 040 / 4 28 54 55 69

Email: wohnraumschutz@hamburg-mitte.hamburg.de

**Angebot: Maßnahmen gegen Wohnungsüberbelegung, Wohnungsmängel und Mietpreisüberhöhung**

BI Bildung und Integration Hamburg Süd gGmbH  
Rudolfstraße 5  
21107 Hamburg

Tel.: 040 / 75 60 12 30

Email: wilhelmsburg@bi-integrationszentrum.de

**Angebot: Migrantenberatung  
bulgarischsprachige Beratungen zu den Themen Erwerbstätigkeit, Wohnungssuche und Kranken- und Sozialversicherung:  
mittwochs 16:00 bis 18:00 Uhr**

Hoffnungsorte Hamburg  
Nachbarschaftstreff westend  
Vogelhüttendeich 17  
21107 Hamburg

Tel.: 040 / 75 66 64 01

Email: stello@hoffnungsorte-hamburg.de

**Angebot: kostenlose und anonyme medizinische Behandlung für Migranten dienstags 10:00 bis 12:00 Uhr**

Hoffnungsorte Hamburg

Projekt plata

Andreas Stasiewicz (Koordination)

Repsoldstraße 46

20097 Hamburg

Tel.: 040 / 30 39 94 87

Email: stasiewicz@hoffnungsorte-hamburg.de

**Angebot: Straßensozialarbeit für obdachlose EU-Bürger aus Südosteuropa**

Hoffnungsorte Hamburg

Anlaufstelle für EU-Bürger

Besenbinderhof 62

20097 Hamburg

Tel.: 040 / 2 85 82 99

**Angebot: Sozialberatung, Rückkehrberatung  
montags bis freitags 9:00 bis 11:30 Uhr**

Verein für interkulturelle Kommunikation und Bildung e.V.

verikom Wilhelmsburg

Interkulturelles Stadtteilzentrum / Integrationszentrum

Krieterstraße 2d, 1. Stock

21109 Hamburg

Tel.: 040 / 7 54 18 40

Email: wilhelmsburg@verikom.de

**Angebot: Migrantenberatung**

---

<sup>1</sup> Vgl. Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung; Gesellschaft für Stadtentwicklung mbH: Protokoll der 62. Sitzung des Sanierungsbeirats Südliches Reiherstiegviertel vom 28.02.2013.

<sup>2</sup> Als Beispiele seien hier aufgeführt: Iskandar, Katharina: Bulgaren in Deutschland. Alles was kommt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.04.2012. Gezer, Özlem: Die Hoffnungsreisenden. Moderne Menschenhändler beliefern den deutschen Markt mit Arbeitskräften aus Bulgarien, auf die drei Euro Stundenlohn warten und Schlafplätze im Kellerverschlag. In: Der Spiegel. Nr. 16/2011 vom 18.04.2011, S. 34 – 37.

<sup>3</sup> Vgl. Sozialeleistungen. Friedrich mobilisiert EU gegen Armutswanderung. Zeit Online. 25.04.2013. In: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-04/eu-innenminister-zuwanderung> [Stand: 19.08.2013].

<sup>4</sup> Vgl. Deutscher Städtetag (Hg.): Positionspapier des Deutschen Städtetages zu den Fragen der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien. 22.01.2013.

<sup>5</sup> Vgl. Balasko, Sascha; Ter Haseborg, Volker; Mikuteit, Hanna-Lotte: „Ich bin doch auch ein Bürger der EU“. Immer mehr Bulgaren und Rumänen kommen nach Hamburg. In: Hamburger Abendblatt vom 02.04.2013. Gezer, Özlem: Die Hoffnungsreisenden. In: Der Spiegel. Nr. 16/2011 vom 18.04.2011, S. 34 – 37. Gezer, Özlem: Zuwanderer. „Hilferufe, Wut, Empörung“. In: Der Spiegel. Nr. 19/2012 vom 07.05.2012, S. 36 f. Gezer, Özlem: „Legale Sklaverei“. Bulgaren und Rumänen werden zur Problemgruppe in deutschen Städten. In: Der Spiegel. Nr. 21/2011 vom 23.05.2011, S. 44 f. Panorama: Ausgebeutet – Billiglöhner aus Osteuropa. Fernsehdokumentation vom 20.11.2012. In: <http://www.ndr.de/regional/hamburg/freizuegigkeit119.html>.

<sup>6</sup> Nach den Angaben des Statistikamtes Nord waren 2010 14 Personen mit rumänischer Staatszugehörigkeit in das Sanierungsgebiet Wilhelmsburg S5 / Südliches Reiherstiegviertel zugezogen und 15 Personen fortgezogen. Mitteilung des Statistikamtes Nord an den Sanierungsträger: Wanderungen über die Grenze statistischer Gebiete nach Herkunfts-/ Zielgebieten im Jahr 2010.

<sup>7</sup> Anderen Schätzungen zufolge macht der Anteil der Roma an der bulgarischen Gesamtbevölkerung ca. 10,33 % aus. Vgl. Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2010. Brüssel 2011, S. 18. Rumänien und Bulgarien sind die Staaten mit den größten Roma-Populationen in Europa. Vgl.: Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (Hg.): Erfolgsfall Europa? Folgen und Herausforderungen der EU-Freizügigkeit für Deutschland. Jahresgutachten 2013 mit Migrationsbarometer. Essen 2013, S. 130.

<sup>8</sup> Vgl. Auswärtiges Amt: Länderinformation Bulgarien. In: [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes\\_Uebersichtsseiten/Bulgarien\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes_Uebersichtsseiten/Bulgarien_node.html) [Stand: 19.08.2013].

<sup>9</sup> Nach der EU-Definition gilt eine Person als armutsgefährdet, wenn ihr Einkommen weniger als 60% des durchschnittlichen Einkommens der Gesamtbevölkerung eines Landes beträgt. Vgl. Statistisches Bundesamt: 15,8% der Bevölkerung Deutschlands waren 2010 armutsgefährdet, EU-weit waren es 16,9%. Pressemitteilung Nr. 121. Wiesbaden 27.03.2013.

<sup>10</sup> Vgl. Auswärtiges Amt: Länderinformation Bulgarien.

<sup>11</sup> Vgl. Bulgarien verbrennt sich selbst. In: Süddeutsche Zeitung vom 23./24.03.2013. Brill, Klaus: Nichts als Spott. Die hartnäckigen Demonstranten in Bulgarien wählen kreative Mittel, um ihre Wut auf die Regierung auszudrücken. In: Süddeutsche Zeitung vom 20./21.07.2013.

<sup>12</sup> Vgl. Auswärtiges Amt: Länderinformation Bulgarien.

<sup>13</sup> Vgl. Amnesty International: Amnesty Report 2012 Bulgarien. In: <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2012/bulgarien?destination=node/2892&print> [Stand: 19.08.2013].

<sup>14</sup> Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Dossier Migration. EU-Binnenmigration vor und während der Wirtschafts- und Finanzkrise – ein Überblick. 19.02.2013. In: <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/155393/> [Stand: 19.08.2013].

<sup>15</sup> Vgl. Bundesinnenministerium des Innern (Hg.): Migrationsbericht 2011 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Berlin 2013, S. 21-31.

<sup>16</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (Hg.): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Vorläufige Wanderungsergebnisse. Wiesbaden Mai 2013, S. 9 und 26.

<sup>17</sup> Vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (Hg.): Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien. Arbeitsmigration oder Armutsmigration? In: IAB-Kurzberichte. Nr. 16. Nürnberg August 2013, S. 1 und 9.

<sup>18</sup> Telefonische Auskünfte von Prof. Dr. Gerd Winand Imeyer, Honorarkonsul der Republik Bulgarien in Hamburg. Hamburg 09.04.2013.

- 
- <sup>19</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch. Deutschland und Internationales 2012. Wiesbaden 2012, S. 42.
- <sup>20</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (Hg.): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, S. 6.
- <sup>21</sup> Der Anteil der Männer unter der gesamten bulgarischen Wohnbevölkerung lag 2011 nur bei 51,8%. Vgl. Statistisches Bundesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch, S. 42.
- <sup>22</sup> Telefonische Auskünfte von Prof. Dr. Gerd Winand Imeyer, Honorarkonsul der Republik Bulgarien in Hamburg. Hamburg 09.04.2013. Interview mit Judith Geipel, Milena Ohnesorge, Ali Yüce, BI Bildung und Integration Hamburg Süd gGmbH. Hamburg 10.04.2013.
- <sup>23</sup> In Offenbach beträgt der Anteil 1,8%, Mannheim: 1,2%, Duisburg: 0,9% und Frankfurt/M.: 0,7%. Vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (Hg.): Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien, S. 6.
- <sup>24</sup> Vgl. Statistikamt Nord (Hg.): Statistisches Jahrbuch Hamburg 2011/2012. Hamburg 2012, S. 27.
- <sup>25</sup> Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg: Antwort des Senats auf die schriftliche kleine Anfrage des Abgeordneten Kazim Abaci (SPD) vom 20.06.2011 und Antwort des Senats. Drucksache 20/826.
- <sup>26</sup> Telefonische Auskünfte von Prof. Dr. Gerd Winand Imeyer. Anderen Schätzungen zufolge kommen auf zwei angemeldete Personen aus den EU-2-Ländern eine unangemeldete Person. Vgl. Deutscher Caritasverband e.V., Abteilung Soziales und Gesundheit – Referat Migration und Integration (Hg.): Fact sheet. Mobilität bulgarischer und rumänischer EU-Bürger/innen. Freiburg April 2013.
- <sup>27</sup> Statistikamt Nord nach dem Melderegister mit Stand 28.01.2012.
- <sup>28</sup> Mosaik-Hamburg (Hg.): Bulgarische Mitbürger in Wilhelmsburg. Hamburg Januar 2013.
- <sup>29</sup> Bezogen auf die statistischen Gebiete 16007, 16008 und 16009, die die Fläche des Sanierungsgebietes zum Großteil abdecken.
- <sup>30</sup> Mitteilung des Statistikamtes Nord: Wanderungen über die Grenze statistischer Gebiete nach Herkunfts-/ Zielgebieten im Jahr 2010.
- <sup>31</sup> Die Mobilitätskennziffer beträgt bei bulgarischen Staatsangehörigen im Sanierungsgebiet den Wert 606, was deutlich über den im Sanierungsgebiet durchschnittlichen Wert von 165 liegt.
- <sup>32</sup> Vgl. Deutscher Städtetag (Hg.): Positionspapier des Deutschen Städtetages zu den Fragen der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien, S. 3. Stadt Duisburg, Referat für Integration (Hg.): Zuwanderung von Menschen aus Südost-Europa. Sachstandsbericht zur Umsetzung des Duisburger Handlungskonzeptes. Duisburg Januar 2013, S. 3.
- <sup>33</sup> Telefonische Auskünfte von Prof. Dr. Gerd Winand Imeyer.
- <sup>34</sup> Vgl. Frank, Charlotte; Läscher, Kristina: „Ich muss alle Träume platzen lassen“. Der Sozialarbeiter Andreas Stasiewicz berät Armutsmigranten aus Osteuropa. In: Süddeutsche Zeitung. Nr. 183 vom 09.08.2013.
- <sup>35</sup> Interview mit Judith Geipel, Milena Ohnesorge und Ali Yüce. BI Bildung und Integration Hamburg Süd gGmbH. Hamburg 10.04.2013.
- <sup>36</sup> Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (Hg.): Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien, S. 3. Ähnlich auch: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Dossier Migration. Deutschland – Debatte um „Armutsmigration“ aus Rumänien und Bulgarien. 22.03.2013. In: <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/157067> [Stand: 19.08.2013].
- <sup>37</sup> Telefonische Auskunft Prof. Dr. Gerd Winand Imeyer, Honorarkonsul der Republik Bulgarien in Hamburg. Vgl. Gezer, Özlem: Die Hoffnungsreisenden. In: Der Spiegel. Nr. 16/2011. Deutscher Städtetag (Hg.): Positionspapier des Deutschen Städtetages zu den Fragen der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien, S. 3.
- <sup>38</sup> Interview mit Judith Geipel, Milena Ohnesorge und Ali Yüce. BI Bildung und Integration Hamburg Süd gGmbH. Hamburg 10.04.2013.
- <sup>39</sup> Vgl. DGB Bezirk Berlin-Brandenburg, Projekt Faire Mobilität des DGB-Bundesvorstandes (Hg.): Grenzenlos faire Mobilität? Zur Situation von mobilen Beschäftigten aus den mittel- und osteuropäischen Staaten. Berlin 2012, S. 10 – 17.
- <sup>40</sup> Vgl. Integrationsagentur der Internationalen Initiative Hochfeld e.V. (Hg.): Wegweiser für Neu-EU-Bürgerinnen und Bürger in Duisburg. Duisburg Januar 2013, S. 53.
- <sup>41</sup> Vgl. Deutscher Caritasverband e.V., Abteilung Soziales und Gesundheit – Referat Migration und Integration (Hg.): Arbeitshilfe. Europäische Union – Grundlagen, Freizügigkeit der Unionsbürger/innen, Zugang zu Transferleistungen. Freiburg Februar 2012, S. 8-14.
- <sup>42</sup> Diese rechtlichen Einschränkung des Sozialleistungsbezugs von Ausländern wird von Wohlfahrtsverbänden und Integrationsträgern kritisiert, da sie dem Diskriminierungsverbot und dem

---

Gleichbehandlungsgrundsatz widerspreche und sich integrationspolitisch nachteilig auswirke. Vgl. Deutscher Caritasverband e.V., Abteilung Soziales und Gesundheit – Referat Migration und Integration (Hg.): Arbeitshilfe. Europäische Union, S. 21. Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Bremen e.V. (Hg.): „Neue Nachbarn aus Bulgarien und Rumänien im Land Bremen“. Fachtagung 23.11.2012 – Dokumentation. Bremen 2012. Veranstaltung des Hamburger Beratungsnetzwerkes Neue EU-Länder: Europäer zweiter Klasse? Zur Situation von ArbeitsmigrantInnen aus Bulgarien und Rumänien. Haus der Patriotischen Gesellschaft. Hamburg 08.05.2013. Das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen hat in seinem Urteil vom 10.10.2013 auch EU-Zuwanderern einen Anspruch auf Grundsicherungsleistungen zugebilligt. Pressemitteilung des Landessozialgerichts NRW vom 10.10.2013: Hartz IV-Anspruch für Migranten.

<sup>43</sup> Vgl. Deutscher Caritasverband e.V., Abteilung Soziales und Gesundheit – Referat Migration und Integration (Hg.): Arbeitshilfe. Europäische Union, S. 24 f. Stadt Duisburg, Referat für Integration (Hg.): Zuwanderung von Menschen aus Südost-Europa. Sachstandsbericht zur Umsetzung des Duisburger Handlungskonzeptes. Duisburg Januar 2013, S. 5.

<sup>44</sup> Vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (Hg.): Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien, S. 7.

<sup>45</sup> Vgl. Deutscher Caritasverband e.V., Abteilung Soziales und Gesundheit – Referat Migration und Integration (Hg.): Arbeitshilfe. Europäische Union, S. 33 f. Stadt Duisburg, Referat für Integration (Hg.): Zuwanderung von Menschen aus Südost-Europa, S. 5. Integrationsagentur der Internationalen Initiative Hochfeld e.V. (Hg.): Wegweiser für Neu-EU-Bürgerinnen und Bürger in Duisburg, S. 29 und 62-64.

<sup>46</sup> Vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (Hg.): Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien, S. 5.

<sup>47</sup> Vgl. Mosaik-Hamburg (Hg.): Bulgarische Mitbürger in Wilhelmsburg. Hamburg Januar 2013. Interview mit Judith Geipel, Milena Ohnesorge und Ali Yüce. BI Bildung und Integration Hamburg Süd gGmbH. Hamburg 10.04.2013. Einwanderung – Elend wächst auf dem Boden der Rechtlosigkeit, in: Diakonisches Werk Hamburg (Hg.): Newsletter Soziale Stadt, Juni 2012, S. 8.

<sup>48</sup> Vgl. Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg: Antwort des Senats auf die schriftliche kleine Anfrage des Abgeordneten Kazim Abaci (SPD) vom 20.06.2011 und Antwort des Senats. Drucksache 20/826, S. 3.

<sup>49</sup> Bezirksamt Hamburg-Mitte: Protokoll Runder Tisch „bulgarische Tagelöhner in Wilhelmsburg“ vom 18.08.2011. Interview mit Judith Geipel, Milena Ohnesorge und Ali Yüce. BI Bildung und Integration Hamburg Süd gGmbH. Hamburg 10.04.2013.

<sup>50</sup> Frau Yilmaz, Verikom, auf der Veranstaltung des Hamburger Beratungsnetzwerkes Neue EU-Länder.

<sup>51</sup> Die Abteilung Wohnraumschutz kann sich in Verdachtsfällen Zutritt zur Wohnung verschaffen, um Überbelegungen nachzugehen. Eine Überbelegung ist bei weniger als 10 m<sup>2</sup> Wohnfläche je Person gegeben. Eine Überbelegung muss bei einer Wohnungsbegehung zweifelsfrei festgestellt werden. Anschließend ist der Vermieter zu informieren. Reagiert dieser nicht, kann die Wohnung geräumt und /oder ein Bußgeld verhängt werden.

<sup>52</sup> Interview mit Herrn Hasch und Herrn Kerl, Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt, Abteilung für Technischen Umweltschutz und Wohnraumschutz. Hamburg 11.04.2013.

<sup>53</sup> Eine Mietpreisüberhöhung besteht in der Regel bei einer unangemessenen Miete in Höhe von mehr als 20% über der ortsüblichen Vergleichsmiete. Ein Mietwucher ist gegeben, wenn die ortsübliche Vergleichsmiete um 50% überschritten wird. Es handelt sich hierbei um einen Straftatbestand, der in besonders schweren Fällen mit einer Freiheitsstrafe von zehn Jahren geahndet werden kann.

<sup>54</sup> Interview mit Herrn Hasch und Herrn Kerl, Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt, Abteilung für Technischen Umweltschutz und Wohnraumschutz. Hamburg 11.04.2013.

<sup>55</sup> Interview mit Judith Geipel, Milena Ohnesorge und Ali Yüce. BI Bildung und Integration Hamburg Süd gGmbH. Hamburg 10.04.2013. Veranstaltung des Hamburger Beratungsnetzwerkes Neue EU-Länder: Europäer zweiter Klasse? Zur Situation von ArbeitsmigrantInnen aus Bulgarien und Rumänien. Haus der Patriotischen Gesellschaft. Hamburg 08.05.2013.

<sup>56</sup> Ebd.

<sup>57</sup> Vgl. Mosaik-Hamburg (Hg.): Bulgarische Mitbürger in Wilhelmsburg. Hamburg Januar 2013. Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung; Gesellschaft für Stadtent-

---

wicklung mbH: Protokoll der 62. Sitzung des Sanierungsbeirats Südliches Reiherrstiegviertel vom 28.02.2013: Situation der bulgarischen MigrantInnen im Reiherrstiegviertel.

<sup>58</sup> Vgl. Frank, Charlotte: Die Sorgenkinder. Sie gelten als Roma, manchmal auch nur als Armutsflüchtlinge. In: Süddeutsche Zeitung vom 16./17.03.2013.

<sup>59</sup> Frau Yilmaz, Verikom Wilhelmsburg, auf der Veranstaltung des Hamburger Beratungsnetzwerkes Neue EU-Länder. Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung; Gesellschaft für Stadtentwicklung mbH: Protokoll der 62. Sitzung des Sanierungsbeirats Südliches Reiherrstiegviertel vom 28.02.2013.

<sup>60</sup> Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg: Antwort des Senats auf die schriftliche kleine Anfrage des Abgeordneten Kazim Abaci (SPD) vom 20.06.2011 und Antwort des Senats. Drucksache 20/826.

<sup>61</sup> Vgl. Balasko, Sascha; Ter Haseborg, Volker; Mikuteit, Hanna-Lotte: „Ich bin doch auch ein Bürger der EU“. Immer mehr Bulgaren und Rumänen kommen nach Hamburg. In: Hamburger Abendblatt vom 02.04.2013.

<sup>62</sup> Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung; Gesellschaft für Stadtentwicklung mbH: Protokoll der 62. Sitzung des Sanierungsbeirats Südliches Reiherrstiegviertel vom 28.02.2013.

<sup>63</sup> Ebd. und Interview mit Judith Geipel, Milena Ohnesorge und Ali Yüce. BI Bildung und Integration Hamburg Süd gGmbH. Hamburg 10.04.2013.

<sup>64</sup> Balasko, Sascha; Ter Haseborg, Volker; Mikuteit, Hanna-Lotte: „Ich bin doch auch ein Bürger der EU“. In: Hamburger Abendblatt vom 02.04.2013.

<sup>65</sup> Bezirksamt Hamburg-Mitte: Protokoll Runder Tisch „bulgarische Tagelöhner in Wilhelmsburg“ vom 18.08.2011. Interview mit Judith Geipel, Milena Ohnesorge und Ali Yüce. BI Bildung und Integration Hamburg Süd gGmbH. Hamburg 10.04.2013. Gezer, Özlem: Die Hoffnungsreisenden. In: Der Spiegel. Nr. 16/2011 vom 18.04.2011. Panorama: Ausgebeutet – Billiglöhner aus Osteuropa. Fernsehdokumentation vom 20.11.2012. In: <http://www.ndr.de/regional/hamburg/freizuegigkeit119.html>.

<sup>66</sup> Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung; Gesellschaft für Stadtentwicklung mbH: Protokoll der 62. Sitzung des Sanierungsbeirats Südliches Reiherrstiegviertel vom 28.02.2013.

<sup>67</sup> Interview mit Judith Geipel, Milena Ohnesorge und Ali Yüce. BI Bildung und Integration Hamburg Süd gGmbH. Hamburg 10.04.2013.

<sup>68</sup> Rüdiger Winter, Arbeit und Leben Hamburg, auf der Veranstaltung des Hamburger Beratungsnetzwerkes Neue EU-Länder: Europäer zweiter Klasse? Zur Situation von ArbeitsmigrantInnen aus Bulgarien und Rumänien. Haus der Patriotischen Gesellschaft. Hamburg 08.05.2013.

<sup>69</sup> Vgl. Projekt „Plata“. Streetwork für osteuropäische Obdachlose. In: <http://www.bagw.de/tagungen/migration/Hermannes-Stasiewicz.pdf> [Stand: 19.08.2013]

<sup>70</sup> Vgl. Integrationsagentur der Internationalen Initiative Hochfeld e.V. (Hg.): Wegweiser für Neu-EU-Bürgerinnen und Bürger in Duisburg, S. 33-36.

<sup>71</sup> Jerzy Bohdanowicz, Arbeit und Leben Hamburg, auf der Veranstaltung des Hamburger Beratungsnetzwerkes Neue EU-Länder: Europäer zweiter Klasse? Zur Situation von ArbeitsmigrantInnen aus Bulgarien und Rumänien. Haus der Patriotischen Gesellschaft. Hamburg 08.05.2013.

<sup>72</sup> Vgl. Bezirksamt Neukölln von Berlin, Abteilung Bildung, Schule, Kultur und Sport (Hg.): 2. Roma-Statusbericht. Entwicklung der Zuzüge von EU-Unionsbürgern aus Südosteuropa. Berlin-Neukölln April 2012, S. 11. Integrationsagentur der Internationalen Initiative Hochfeld e.V. (Hg.): Wegweiser für Neu-EU-Bürgerinnen und Bürger in Duisburg, S. 36.

<sup>73</sup> Hoffnungsorte Hamburg, Nachbarschaftstreff westend, medizinische Versorgung für Migranten. Matthias Plieninger, Melanie Stello. Hamburg 14.05.2013.

<sup>74</sup> Bezirksamt Hamburg-Mitte: Protokoll Runder Tisch „bulgarische Tagelöhner in Wilhelmsburg“ vom 18.08.2011. Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung; Gesellschaft für Stadtentwicklung mbH: Protokoll der 62. Sitzung des Sanierungsbeirats Südliches Reiherrstiegviertel vom 28.02.2013.

<sup>75</sup> Interview mit Helmut Lungfiel, Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Management des öffentlichen Raumes, Bezirklicher Ordnungsdienst. Hamburg 11.04.2013.

<sup>76</sup> Vgl. Einwanderung – Elend wächst auf dem Boden der Rechtlosigkeit, in: Diakonisches Werk Hamburg (Hg.): Newsletter Soziale Stadt, Juni 2012, S. 8.

<sup>77</sup> Vgl. DGB Bezirk Berlin-Brandenburg, Projekt Faire Mobilität des DGB-Bundesvorstandes (Hg.): Grenzenlos faire Mobilität? Zur Situation von mobilen Beschäftigten aus den mittel- und osteuropäischen Staaten. Berlin 2012, S. 46 f. Rüdiger Winter, Arbeit und Leben Hamburg, auf der Veran-

---

staltung des Hamburger Beratungsnetzwerkes Neue EU-Länder: Europäer zweiter Klasse? Zur Situation von ArbeitsmigrantInnen aus Bulgarien und Rumänien. Haus der Patriotischen Gesellschaft. Hamburg 08.05.2013.

<sup>78</sup> Veranstaltung des Hamburger Beratungsnetzwerkes Neue EU-Länder: Europäer zweiter Klasse? Zur Situation von ArbeitsmigrantInnen aus Bulgarien und Rumänien. Haus der Patriotischen Gesellschaft. Hamburg 08.05.2013.

<sup>79</sup> Vgl. Deutscher Städtetag (Hg.): Positionspapier des Deutschen Städtetages zu den Fragen der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien. 22.01.2013.

<sup>80</sup> Vgl. Bezirksamt Neukölln von Berlin, Abteilung Bildung, Schule, Kultur und Sport (Hg.): 2. Roma-Statusbericht. Entwicklung der Zuzüge von EU-Unionsbürgern aus Südosteuropa. Berlin-Neukölln April 2012. Stadt Duisburg, Dezernat für Familie, Bildung und Kultur (Hg.): Handlungskonzept der Stadt Duisburg zum Umgang mit der Zuwanderung von Menschen aus Südost-Europa. Duisburg März 2012. Stadt Duisburg, Referat für Integration (Hg.): Zuwanderung von Menschen aus Südost-Europa. Sachstandsbericht zur Umsetzung des Duisburger Handlungskonzeptes. Duisburg Januar 2013.

<sup>81</sup> Ob auch auf der Ebene der im Reihertstiegviertel ansässigen Schulen ein Handlungsbedarf besteht, müsste an anderer Stelle ausführlich untersucht werden.

<sup>82</sup> Vgl. Integrationsagentur der Internationalen Initiative Hochfeld e.V. (Hg.): Wegweiser für Neu-EU-Bürgerinnen und Bürger in Duisburg. Duisburg Januar 2013.

<sup>83</sup> Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Dossier Migration. Die aktuelle Entwicklung der Zuwanderung nach Deutschland. 19.02.2013. In: <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/155584> [Stand: 19.08.2013]

<sup>84</sup> Vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (Hg.): Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien. Arbeitsmigration oder Armutsmigration? In: IAB-Kurzberichte. Nr. 16. Nürnberg August 2013, S. 7-10.